

Pressemitteilung  
Kiel, 01.12.2022

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **Grenzpendelnde Studierende nicht vergessen**

*Seidler: Bund muss bei Energiepauschale nachbessern*

"Trotz konstruktiver Bemühungen meinerseits ist der Gesetzesentwurf im Bundestag nicht angepasst worden. Das ist eine schlechte Nachricht für grenzpendelnde Studierende. Es muss jetzt nachgesteuert werden! Wer die Idee eines vereinten Europas lebt, darf bei Unterstützung gegen steigende Energiekosten nicht leer ausgehen", kommentiert der SSW-Bundestagsabgeordneter Stefan Seidler die Entwicklung rund um die Energiepreispauschale für Studierende, die heute vom Bundestag abschließend beraten worden ist.

"Die Energiepreispauschale für Studierende ist im jetzt beschlossenen Entwurf nicht nur an einen deutschen Wohnort geknüpft, sondern zusätzlich auch an ein Studium an einer inländischen Bildungsstätte. Damit sind tausende unserer grenzpendelnden Studierenden nicht antragsberechtigt obgleich sie die gleichen Energiekosten haben wie ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen, die an Universitäten in der Bundesrepublik eingeschrieben sind. Dies ist für eine Generation junger EuropäerInnen, die eigentlich keine Grenzen mehr kennen sollten, das völlig falsche Signal", betonte Seidler weiter.

"Ich bin unzufrieden, dass das Ministerium einen so problematischen Gesetzesentwurf vorgelegt hat und diesen nach Hinweisen von mir im Plenum nicht nachgebessert hat. Trotz der konstruktiven Zusammenarbeit

im Bundestag ist es bei diesem "Hau-Ruck"-Gesetz nicht mehr zu Verbesserungen gekommen. Ich bedauere das sehr. Ministerin Stark-Watzinger muss jetzt nachbessern. Grenzpendelnde Studierende, wie es die jungen Menschen unserer Minderheit häufig sind, dürfen in Berlin nicht vergessen werden. Meine Partei, der SSW, und ich werden uns auch weiter in Berlin für sie einsetzen", sagte der Bundestagsabgeordnete aus Flensburg abschließend.